

Nachts kommen die Lastwagen mit den Särgen

In der irakischen Hauptstadt Bagdad wächst die Angst vor der drohenden Niederlage

Durch die dunklen Straßen hallen Schüsse. Armeetransporter stoppen vor wüsbigen Häusern in den Kleinteilvierteln Karrada und Kassimija. Soldaten springen ab, laden schwere Holzkristen aus und feuern in die Luft.

Die Knallerei ist ein letzter Salut für Bagdads tote Soldaten. Nachts verteilt die Armee die Leichen der Gefallenen; man wünscht nicht, daß zu viele Schauküstige die Ablieferung der makabren Fracht beobachten. Während der verlustreichen Kämpfe um die südirakische Hafenstadt Basra hielten die aus der DDR stammenden IFA-Laster in manchen Nächten vor über 500 Häusern.

Anders als im Iran, wo die Hinterbliebenen den Opfertod eines Ehemannes, Sohnes oder Bruders festlich begehen, dürfen im Irak keine öffentlichen Trauerfeiern veranstaltet werden. Den Familien ist es sogar verboten, die Särge zu öffnen. Die Regierung wünscht kein Wehklagen.

Weil die Verluste während der iranischen Offensive vor Basra dramatisch anstiegen (nach Schätzungen bis auf 10 000 seit Jahresbeginn), kam die Armee mit den Gefallenen-Transporten nicht immer nach. Taxifahrer mußten unentgeltlich Leichen ausfahren – von einem der vielen Kühlhäuser aus, in denen die oft zur Unkenntlichkeit verstümmelten Kriegsgesopfer gesammelt werden, direkt in rascher Fahrt zu den Angehörigen, die vom Heldentod des Familienmitglieds meist erst erfahren, wenn ihnen der Sarg übergeben wird.

Längst hat der Staat aufgehört, wie in den ersten Kriegsjahren, leidgeprüften Familien für jeden Gefallenen eine Toyota-Limousine zu schenken. Dafür schauen die Polizisten schon mal weg, wenn die Hinterbliebenen die schwarzen schiitischen Trauerfahnen aushängen – trotz Verbots und der Androhung von Geldstrafen.

Der Krieg ist der Hauptstadt ein Stück näher gerückt. Keine Familie, die nicht mindestens einen Gefallenen zu beklagen hätte, kein Lebensbereich, der nicht unter den

Auswirkungen der Kämpfe zu leiden hätte.

Die Behörden, die bis vor kurzem noch bereitwillig ausländische Diplomaten zu den Einschlagstellen iranischer Raketen führten, melden nur noch die – übertriebenen – Verlustziffern der Feinde. Läßt sich ein iranischer Volltreffer in Bagdad nicht mehr verheimlichen, weil zu viele den Einschlag gehört und die mehrere hundert Meter hohe Rauchwolke gesehen haben, dann heißt es lakonisch: „Es gab Tote und Verwundete.“

Vorigen Donnerstag rief das iranische Hauptquartier in Teheran die Bevölkerung von Bagdad auf, ihre Stadt zu räumen, weil „schwere Angriffe“ durch iranische Boden-Boden-Raketen bevorstünden – die Etappe wird zur Front.

Gewiß haben sich die Iraker an den langen Krieg gewöhnt. Aber die wachsenden Schwierigkeiten, die näherrückende Bedrohung zermürben sie. Zu oft ist der Krieg jetzt hautnah zu spüren.

Aus dem umkämpften Basra ziehen Flüchtlingsströme Richtung Norden. In der zerschossenen zweitgrößten Stadt des Landes leben kaum noch Menschen. Viele „Basrawis“ mieten sich einen Wagen, der ihre Habe für 500 Dinar in Sicherheit bringt. Bei einem durch-



Irakische Gefallene vor Basra: Trauerfeiern verboten



Irakischer Kriegsherr Saddam Hussein
Ungebrochener Personenkult

schnittlichen Monatsgehalt von 80 Dinar stürzt dieser Aufwand viele Familien in Schulden. Der Staat zahlt keine Entschädigung, die öffentlichen Kassen sind leer.

Nahe den heiligen Städten Nadschaf und Kerbela werden die Frontflüchtlinge in Zeltlagern untergebracht und, immerhin, kostenlos gepflegt. Dort sind sie vor iranischen Raketen sicher, denn Ajatollah Chomeini hat höchstpersönlich versichert, diese schiitischen Heiligtümer zu verschonen.

Dennoch ziehen viele nach Bagdad weiter, um bei Verwandten unterzuschlüpfen. Der Koch Dschassim Ali beherbergt in seiner Dreizimmerwohnung zwölf Flüchtlinge, zusätzlich zu seiner eigenen fünfköpfigen Familie.

Unübersehbar zeichnet der Krieg nach sechseinhalb Jahren das Land. Längst sind fast alle wehrfähigen Männer eingezogen, beherrschen Frauen das Stadtbild der Hauptstadt. Die wenigen Halbwüchsigen, die man noch sieht, sind entweder Studenten oder Oberschüler. Das Verteidigungsministerium hat alle Studenten und Professoren aufgerufen, sich in Sonderlehrgängen auf den Ernstfall vorzubereiten, das heißt: Auch sie dürften bald herangezogen werden, um die immer aufs neue anbrandenden Angriffswellen der Iraner abzuwehren. Selbst Polizisten mußten schon ins Feld. Sie gehören der „Volksarmee“ an, einer irakischen Variante des ehemals großdeutschen Volkssturms. In den Luxushotels der Fünf-

Millionen-Stadt Bagdad besteht das Personal fast nur noch aus Ausländern. Die Pagen im „Méri-dien Palestine“ sind Ägypter, die Kellner Afro-Asiaten aus Mauri-tius, der Pizzakoch kommt aus Tunis.

„Wir haben eben nur ein Drittel soviel Menschen wie der Iran“, klagt der noch nicht einberufene Englischlehrer Abu el-Iss, „in einem so langen Krieg mußten wir das einmal zu spüren bekom-men.“

Da nehmen sich die stereotypen Durchhalteparolen des Verteidi-gungsministeriums im Fernsehen wirklichkeitsfremd aus. Die Son-dermeldungen über eigene Kleinstserfolge klingen hohl, etwa: „Die Bomben der Gerechtigkeit rissen die Traktorenfabrik der (iranischen) Stadt Arak in Stücke.“

Das Kriegsjahr Nummer sieben kündigte sich mit einer fühlba-ren Verschlechterung der Wirt-schaftslage an. Seit einem halben Jahr gibt es in den staatlichen Konsumgesell-schaften keine Eier mehr zu kaufen, auch Butter und Speiseöl sind knapp.

Weil der staatliche Devisenvorrat auf-gebraucht ist, bleibt das brasilianische und äthiopische Gefrierfleisch aus, das bis vor kurzem noch zum Preis von nur anderthalb Dinar (8,50 Mark) pro Kilo zu haben war. Irakisches Rindfleisch, nicht subventioniert, kostet 22 Mark, viel zu teuer für den Durchschnitts-haushalt.

Um Devisen zu sparen, erließ das Innenministerium ein striktes Ausreise-verbod. Das trifft die Iraker, die als reisefreudig gelten, besonders hart. Früher fuhren viele von ihnen mindestens einmal im Jahr ins Nachbarland Türkei, um einzukaufen, oder flogen gar nach Europa, vorzugsweise nach England, um den mörderischen heimischen Sommer-temperaturen zu entfliehen.

Der Verfall des Erdölpreises und die kriegsbedingte Behinderung des Ex-ports, vor allem aber die aberwitzigen Kriegskosten haben die Staatsfinanzen ruiniert. Zwar dürfte der Irak in diesem Jahr wieder Erdöleinnahmen in Höhe von mindestens acht Milliarden Dollar erzielen und damit günstiger abschnei-den als der Feind Iran.

Doch die Abwehrschlacht gegen den Iran ist unsäglich teuer geworden. Seit den Kämpfen um Fau und Basra an Iraks schmaler Golfküste kaufte Bagdad in der Sowjet-Union, in Frankreich, der Schweiz und Italien Waffen für rund fünf Milliarden Dollar; weitere anderthalb Milliarden Dollar kosteten Munitionslie-ferungen aus Ägypten.

Wie hoch die Kredite sind, die dem Irak von Saudi-Arabien, Kuwait und den übrigen Golfstaaten gewährt werden, können selbst Experten nur annähernd



Raketen-Schäden in Bagdad: Der Krieg ist ein Stück näher gerückt

schätzen: bisher wohl jährlich an die acht Milliarden Dollar. Doch auch diese Sum-me reicht nicht mehr aus.

Ein halbes Jahr überwies die Rafidein-Bank, die im Auftrag der Zentralbank die Finanz- und Kreditverpflichtungen wahrnimmt, keinen Cent mehr an die ausländischen Gläubiger und verhandelte über neue Kreditspannen. Erst jetzt setzen die Zahlungen wieder ein.

Das Planungs- und das Finanzministe-rium dagegen tun so, als gebe es weder Geldnot noch Krieg. Beharrlich führen sie großangelegte Entwicklungsprojekte weiter, so gut es geht. Ein jugoslawisch-türkisches Konsortium will demnächst mit dem Bau eines großen Wasserkraft-werks im bürgerkriegsgefährdeten Kur-distan beginnen. Bezahlt werden soll mit späteren Erdöllieferungen.

Die Essener Hochtief AG will bis zum Sommer ein als Jahrhundertwerk geprie-senes Staudammprojekt im Norden von Mossul fertigstellen. Die Philipp Holz-mann AG baut an einem mehrere hundert Kilometer langen Netz von Entsal-zungskanälen, deren Inbetriebnahme die landwirtschaftliche Nutzfläche verdreifachen soll. Die Strabag Bau-AG hat den neuen internationalen Flughafen Basra gerade fertiggestellt. Die Firma Bilfinger + Berger wird in wenigen Wochen das südliche Teilstück einer sechsspürigen Autobahn übergeben, die auf einer Län-ge von 1100 Kilometern Jordanien mit Kuwait verbindet.

Abends erstrahlt Bagdad in einem Lichtermeer, den neuen internationalen Flughafen „Saddam International Air-port“ erleuchten wohl dreimal so viele Glühlampen und Scheinwerfer wie Frankfurts Luftkreuz.

In der Etappenstadt Bagdad füllen sich bei Anbruch der Dunkelheit die Fischrestaurants am Tigris-Ufer mit

wohlhabenden Gästen. In den mit rotem Schummerlicht beleuchteten Kaschemmen an der Saadun-Straße, Bagdads Nord-Süd-Achse, können durstige Iraker zwischen den drei lokalen Bier-marken Scheherezade, Schahrajjar und Farida wählen.

Während des vergangenen Fastenmo-nats Ramadan war der Alkoholaus-schank zwar verboten – eine Maßnahme, die religiöse Eiferer besänftigen sollte, doch dafür stieg der Whiskykonsum an-schließend um so drastischer.

Für den irakischen Normalbürger wer-den die Kriegsfolgen immer erdrücken-der. Vermutlich muß die Regierung in naher Zukunft jene Sozialleistungen dra-stisch kappen, auf die sich die sozialisti-sche Baath-Partei seit ihrer Machtüber-nahme vor 19 Jahren soviel zugute hält: Die Gesundheitsfürsorge, das teure Er-ziehungswesen und die voll vom Staat finanzierte Altersversorgung fast der ge-samten Bevölkerung schneiden ins Geld.

Selbst geringfügige Sparmaßnahmen, wie die im letzten Sommer verfügte Auf-hebung der Gratisfahrt für alle Staatsan-gestellten zum Arbeitsplatz, werden von den Betroffenen als Zumutung empfunden.

Um drohenden Unmut aufzufangen, intensiviert die Baath-Partei die ideolo-gische Vorsorge. Schulen und Universi-täten predigen Durchhaltewillen, die Armee verstärkt die politische Schulung nach dem Baath-Wahlspruch „Einheit, Freiheit, Sozialismus“. Politikommissare der Partei haben in Armee und Volks-sturm Mitspracherecht bei Beförderun-gen und Operationsplänen.

Der Personenkult um Staatschef Sad-dam Hussein erreichte einen neuen Höhepunkt. In manchen Amtsstuben hängen gleich drei Bilder des „begnade-ten Führers“.

Daß die Opfer und Entbehrungen noch keine offene Abkehr des Volkes vom Regime ausgelöst haben, dafür sorgt der allgegenwärtige Staatssicherheitsdienst. Aber auch die Perspektive eines iranischen Siegs wirkt abschreckend, der arabische Nationalismus ist ungebrochen und hilft der Regierung. „Wenn der Krieg vorbei ist“, sagt ein Beamter des Erziehungsministeriums, „werden wir wieder genauso leben wie vorher, viel besser als die Perser, die uns Araber schon immer gehaßt und beneidet haben.“

Der Staat greift hart durch, um seine Herrschaft zu sichern. Deserteure werden erschossen. Todesstrafe steht auch auf bestimmte Formen von Korruption. Im vergangenen Oktober sollen sieben Händler hingerichtet worden sein, die Medikamente mit Wasser und Mehl gestreckt hatten. Zum Tode verurteilt wurde der korrupte Unterstaatssekretär des Erdölministeriums. Der Bürgermeister von Bagdad verlor wegen Unfähigkeit seinen Posten.

Typisch für die rigorosen Methoden, mit denen der Staat schon seit Beginn des Krieges die ausufernde Schiebermentalität bekämpft, ist das Sondergesetz von 1984. Jeder Ladenbesitzer, der Ware hortet, verliert sie; der Denunziant erhält 20 Prozent des Werts. Die beliebtesten Fernsehsendungen mit dem Titel „Fakkir maa-na“ (Denk mit uns) sind live übertragene Prozesse gegen korrupte Staatsbeamte.

Gelegentlich werden auf dem Bildschirm auch Iraker angeprangert, weil sie den „über den Konfessionen stehenden Gedanken der Gleichheit aller Staatsbürger“ nicht beachtet hätten. Seit langem ist es in der Armee, in Schulen und Universitäten verboten, religiöse Gegensätze zwischen Moslems und Christen, vor allem aber zwischen Sunniten und Schiiten, den beiden rivalisierenden Moslem-Volksgruppen des Irak, öffentlich zu diskutieren.

Mit Toleranz und Religionsfreiheit hat das wenig zu tun. Die Repression manifestiert sich allenthalben. Von Meinungsvielfalt kann keine Rede sein. Außer ägyptischen Tageszeitungen und einigen Journalen aus dem benachbarten Kuwait dulden die Zensoren keine ausländischen Publikationen.

Wer es wagt, die Parolen der Baath-Partei und ihres Führers öffentlich zu kritisieren, landet im Gefängnis; wenn er gar Sympathien für das theokratische System des iranischen Kriegsgegners äußert, hat er sein Leben verwirkt.

Die irakische Presse bringt derweil täglich Siegesmeldungen, auch wenn die Iraner im Vormarsch sind und mit ihren Erfolgen vor Basra dem Regime militärisch, politisch und psychologisch eine womöglich nicht wiedergutzumachende Schlappe zugefügt haben. Und Staatschef Saddam Hussein schärft seinen Landsleuten nach wie vor ein: „Der Faktor Zeit arbeitet gegen den Feind.“

SOWJET-UNION

Nicht mehr von oben

Gorbatschow will es, das ZK bremst – aber die Basis wählt schon zwischen mehreren Kandidaten aus.

Nach dem Dezember-Aufbruch von Jugendlichen in Alma-Ata griff der neue Parteichef Kasachstans, Gennadij Kolbin, hart durch. Studenten flogen von der Uni, andere kamen ins Gefängnis, eine Berufsschullehrerin, die Flugblätter und Plakate angefertigt hatte, wurde auf fünf Jahre ins Arbeitslager gesteckt.

Doch auch mit einer weichen Linie bemüht sich die Partei, die jungen Leute

zwischen mehreren Bewerbern wählen, mit geheimer Stimmabgabe; zudem sollten die Kandidaten nicht mehr von oben benannt, sondern durch jene vorgeschlagen werden, die sie dann auch wählen dürfen.

Mit solch einer Lockerung kam Gorbatschow im ZK noch nicht durch. Unter den Delegierten, die darüber zu entscheiden hatten, saßen noch immer Widersacher wie jener Sekretär Gontscharenko aus Woroschilowgrad, der die Verhaftung eines unbequemen Journalisten gutgeheißen hatte – ein Vorfall, für den sich sogar KGB-Chef Tschebrikow entschuldigte.

Und unter den maßgeblichen ZK-Mitgliedern befand sich auch Marschall Ogarkow, der sich am nächsten Tag zu einer Komsomol-Versammlung seiner in



Sowjetchef Gorbatschow (r.) in Krasnodar*: „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft“

in Kasachstan wieder für sich einzunehmen. Im Jugendverband Komsomol von Alma-Ata gilt nun nicht mehr die alte Regel, wonach ein neuer Führer von der Partei ausgewählt wird und die Delegierten nur noch zustimmen haben – per Handaufheben, damit auch niemand wagt, den von der Zentrale Erwählten abzulehnen.

Statt einen bot Kolbin seinen Junggenossen plötzlich drei Kandidaten an. Sie wählten eben jenen aus, den der nach Kasachstan zugezogene Russe Kolbin vielleicht am wenigsten favorisiert hatte: ihren asiatischen Landsmann Schischingarin.

Das neue Verfahren nähert sich den Ideen des Parteireformers Michail Gorbatschow. Der Generalsekretär hatte auf der letzten ZK-Sitzung in Moskau empfohlen, die Parteiorgane sollten künftig

Polen stationierten Soldaten begab, um die Truppe zu mobilisieren: Statt Demokratie hatte das ZK „allseitige Verstärkung“ des Rüstungspotentials, „ideologische und moralische Erziehung der Armeeangehörigen“ und „hohe Gefechtsbereitschaft“ beschlossen.

„Wir brauchen die Demokratie wie die Luft“, trommelte Gorbatschow nach dem ZK-Beschluß, „wenn wir dies nicht begreifen . . . wird die Umgestaltung ersticken.“

Draußen im Land fangen Gorbatschows Vertrauensleute einfach an, Demokratie zu erproben, wie in Alma-Ata. Schon bei Komsomol-Wahlen in der Autostadt Togliatti an der Wolga standen Ende vorigen Jahres mehrere Kandidaten zur Auswahl. Auch in der Arbeitersiedlung Nojabrsk im westsibirischen Ölfeld Tjumen traten im Dezember drei Bewerber um das Amt des örtlichen Jugendsekretärs an. Erdölingenieur An-

* Am 18. September 1986.